

Zusammenfassung

*Probleme der Gestaltung
von Funktionen des Saalkreises
als Teil der Stadtrandzone
der Großstadtregion Halle (Saale)*

Das Ziel dieses Aufsatzes besteht in der Darstellung eines Problems der territorialen Strukturentwicklung in der DDR. Die Gestaltung einer rationellen Territorialstruktur des sozialistischen Staates erfordert die planmäßige und koordinierte Entwicklung aller räumlichen Struktureinheiten. Unter diesen besitzen die Großstädte für die gesamte Volkswirtschaft eine überragende Bedeutung. Durch die Behandlung der Funktionen der Stadtrandzone und ihrer Potenzen, dargestellt am Beispiel der Großstadtregion Halle (Saale), wird ein Beitrag zur Lösung von Entwicklungsproblemen räumlicher Struktureinheiten gegeben. Das großstädtische Kerngebiet wird mit seiner Stadtrandzone als gebietsplanerische Einheit betrachtet.

Summary

*Problems involved in functional organisation
of the Saale District as a part
of the fringe area of the Halle (Saale)
large town region*

This paper is concerned with presenting a problem of territorial structure development in the GDR. The organisation of an efficient territorial structure of the socialist state requires the systematic and coordinated development of all spatial structural units. Among these, the large towns are of outstanding importance for the entire national economy. By dealing with the functions of the town fringe area and their potentials, demonstrated at the example of the Halle (Saale) large town region, the author makes a contribution to the solution of development problems concerning spatial structural units. The central area of the large town is seen together with its fringe area as one single unit in terms of territorial planning.

Probleme der Gestaltung von Funktionen des Saalkreises als Teil der Stadtrandzone der Großstadtregion Halle (Saale)

Mit 2 Abbildungen im Text

Autor:

Dr. WERNER GUTZER
Sektion Wirtschaftswissenschaften
der Martin-Luther-Universität Halle–Wittenberg,
Wissenschaftsbereich Volkswirtschaft
401 Halle (Saale)
Große Steinstraße 73

Hall. Jb. f. Geowiss. Bd 1
Seite 19...32
VEB H. Haack Gotha/Leipzig 1977

Проблема образования функций Заальского района – части окраинной зоны региона крупного города Галле-на-Заале

Цель этой статьи состоит в изложении проблемы развития территориальной структуры в ГДР. Образование рациональной территориальной структуры социалистического государства требует планомерное и координированное развитие всех территориальных структурных единиц. Крупные города имеют в них преобладающее значение для всего народного хозяйства. Рассмотрением функций окраинной зоны и её мощностей на примере крупного города Галле-на-Заале вносится вклад в решение проблем развития территориальных структурных единиц. Центр города и его окраинная зона рассматриваются как единица территориального планирования.

1.
Die Stadtrandzone als Teil
der Großstadtregion

1.1.
*Begriff und Funktionen
der Stadtrandzone*

Die Städte, insbesondere die Großstädte, haben sich entsprechend den sozialökonomischen Bedingungen der jeweiligen Gesellschaftsordnung zu immer komplizierteren Organismen entwickelt. Dabei gab es auf Grund der territorialen Arbeitsteilung stets Wechselbeziehungen zwischen der Stadt und ihrem Umland. Durch die kapitalistische Industrialisierung wurde im Städtebau eine schwere Krise verursacht. Im Verhältnis der Stadt zu ihrem Umland kam diese Krise durch die chaotische Verbauung der Stadtrandzone zum Ausdruck. Die Stadtrandzone entwickelte sich zur erweiterten Peripherie des städtischen Kerngebietes. Sie wurde zum Reserveterritorium, in welches sich das städtische Kerngebiet je nach seinen Bedürfnissen uferlos ausweitete.

Die gegenwärtigen Strukturen und Funktionen der Stadtrandzonen der Großstädte der DDR sind daher u. a. Ergebnis der Entwicklung dieser Städte unter kapitalistischen Gesellschaftsverhältnissen. Trotz der daraus resultierenden Mängel ist die Stadtrandzone auch gegenwärtig die wichtigste und bedeutendste Entwicklungs- und Organisationsform der Beziehungen zwischen städtischem Kerngebiet und ihrem Umland.

Die Stadtrandzone als Teil der Großstadtregion umfaßt „die den Interessen und Ansprüchen der Städte unmittelbar ausgesetzten Gebiete, die mit ihrer räumlichen Organisation und ihrer baulichen wie landschaftlichen Gestaltung eine spezifische Erscheinungsform“¹ im Siedlungssystem der Großstadtregion darstellen. Die Stadtrandzone hat damit im Rahmen der territorialen Arbeitsteilung innerhalb der Stadtregion Funktionen zu erfüllen, die nur von ihr rationell wahrgenommen werden können.

Die sozialistische Städteplanung geht davon aus, daß nur aus der effektiven Funktionsteilung zwischen den beiden Teilen der Großstadtregion die überragende Stellung der Großstädte resultiert. Bei der Zuordnung der Funktionen für das städtische

Kerngebiet und die Stadtrandzone ist vom Aspekt der gegenseitigen Ergänzung mit dem Ziel der Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität und der planmäßigen Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen innerhalb der Großstadtregion auszugehen. Auf Grund der Hauptbestimmung der Stadtrandzone, die im Sozialismus in der Verbesserung des Mikroklimas sowie in der Bereitstellung von Wochenend- und Naherholungsgebieten, in der Befriedigung der ökonomischen Bedürfnisse der Stadt und in der Versorgung mit landwirtschaftlich-gärtnerischen Produkten besteht, ergeben sich die Hauptfunktionen der Stadtrandzone für das städtische Kerngebiet. Diese Hauptfunktionen sind:

Die stadtsanierenden Funktionen:

Sie beinhalten die Sanierung des städtischen Mikroklimas und die Sicherung des stadtnahen Freiraumes, den die Bürger der Stadtregion zu ihrer ständigen Reproduktion benötigen.

Die stadtversorgenden Funktionen:

Sie tragen insbesondere zur Versorgung des städtischen Kerngebietes mit Arbeitskräften, leichtverderblichen und transportempfindlichen landwirtschaftlichen Produkten sowie bei Vorhandensein entsprechender Rohstoffquellen mit Brennstoffen und Baumaterialien bei.

Die stadtbedienenden Funktionen:

Durch sie wird die Stadtrandzone zum Standort eines Teils der ingenieur-technischen und sanitär-hygienischen Anlagen.

Die stadtentlastenden Funktionen:

Sie dienen vornehmlich der Einschränkung des weiteren Anwachsens des städtischen Kerngebietes, indem sie im beschränkten Maße Einrichtungen des städtischen Kerngebietes wie Industriebetriebe und wissenschaftliche Einrichtungen sowie Teile der Arbeitsbevölkerung des Kerngebietes in zu entwickelnden Siedlungsschwerpunkten aufnehmen.

Die Realisierung der ökonomischen Funktionen der Stadtrandzone hat nicht im Widerspruch zu ihren stadtsanierenden Funktionen zu erfolgen.

¹ Empfehlungen zur Planung und Bebauung von Randzonen großer Städte. RGW – Ständige Kommission Bauwesen der Sektion für Gebietsplanung und Städtebau. Berlin/Moskau 1964. Unveröffentlichtes Manuskript, S. 1.

Ohne Zweifel gibt es infolge der wissenschaftlich-technischen, wirtschaftsorganisatorischen und gesellschaftlichen Entwicklung sowie in Abhängigkeit von der Verbesserung der Kommunikationsmöglichkeiten für Personen und Güter eine ständige Metamorphose in der Wertigkeit, die die einzelnen Funktionen in den Stadt-Umland-Beziehungen besitzen. So haben sich die produktionsräumlichen Verflechtungen zwischen der Stadtrandzone und dem städtischen Kerngebiet, die eine Ursache für die Herausbildung der Stadtrandzone waren, in erheblichem Maße durch die Spezialisierung und Konzentration in der Industrie gelöst. Ebenso bedarf die These von der „stadtnahen Landwirtschaft“ einer Korrektur, denn die Industrialisierung der Landwirtschaft und die damit verbundene Schaffung großer spezialisierter Betriebseinheiten verändern auch in der Stadtrandzone die Beziehungen der landwirtschaftlichen Produzenten zu der städtischen Verbraucherkonzentration. Dagegen weist die Funktion der Erholung für die Stadtbevölkerung eine zunehmende Dynamik auf.

1.2.

Grundsätze der effektiven Gestaltung der Stadtrandzone

Die Notwendigkeit der effektiven Gestaltung der Stadtrandzone unter sozialistischen Gesellschaftsverhältnissen ergibt sich aus den durch die historische Entwicklung im Kapitalismus verursachten negativen Merkmalen und aus den ständig wachsenden Anforderungen der sozialistischen Gesellschaft an die Gestaltung der Territorialstruktur. Aus diesem Grunde entspricht die Stadtrandzone weder den gegenwärtigen noch den zukünftigen Anforderungen des großstädtischen Kerngebietes an sein unmittelbares Umland. Die planmäßige Um- und Neugestaltung der Stadtrandzone ist somit ein objektiver Prozeß, der die Erhöhung der Funktionsfähigkeit der Stadtrandzone und damit der Großstadtregion zum Ziel hat. Im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaftsordnung ermöglicht die planmäßige Anwendung der gesellschaftlichen und ökonomischen Gesetze des Sozialismus die rationelle Nutzung der Stadtrandzone und somit auch der Stadtregion als

Ganzes. Im Mittelpunkt der planmäßigen Umgestaltung der Stadtrandzone steht neben dem weiteren qualitativen und quantitativen Ausbau der einzelnen Funktionsträger deren räumliche Verteilung und territoriale Organisation. Die konkreten Maßnahmen der planmäßigen Umgestaltung der Stadtrandzonen der einzelnen Stadtregionen sind abhängig vom Zustand der

- territorialen Organisation der Produktion
- der Bevölkerungsstruktur
- der Ressourcenstruktur
- der Infra- und Siedlungsstruktur.

Die Stadtrandzone kann ihre Funktionen im Rahmen der Stadtregion nur dann optimal erfüllen, wenn die räumliche Verteilung der Strukturelemente die Realisierung der Funktionen begünstigt. Die Realisierung der Funktionen wird um so effektiver sein, je mehr sich die Gliederung der Stadtregion einem Schema der kreisförmigen Zonierung annähert. Es ist selbstverständlich, daß dieses Schema in der Praxis auf Grund des komplexen Charakters der bestehenden Stadtregionen und der konkreten Stadtgestalt nie absolut zu realisieren sein wird. Die Grenzen zwischen den einzelnen Zonen sind als Grenzsäume zu betrachten.

Die Zonierung der Stadtregion umfaßt das städtische Kerngebiet, die Sanierungs- und Entlastungszone. Den einzelnen Zonen werden unterschiedliche funktionelle und strukturelle Elemente der Stadtregion zugeordnet.

Das städtische Kerngebiet besteht aus dem kompakt bebauten und spezifisch städtisch organisierten Kern der Stadtregion, der nach städtebaulichen Gesichtspunkten in sich untergliedert ist und alle Stadterweiterungsflächen einschließen soll.

Die Sanierungszone wird auch als Grünzone oder Waldparkgürtel bezeichnet. Sie grenzt unmittelbar an den Stadtkörper an und setzt sich aus Parks, Wäldern, Kleingärten, Obst- und Gemüseplantagen, Sportanlagen, Naherholungsgebieten, Pionierparks und Ausflugszielen zusammen. In diese Zone können gegebenenfalls Wasserwerke mit ihren Schutzzonen, kleinere Außenwohngebiete in gut abgeschirmter Lage sowie land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen mit entsprechenden ländlichen Siedlungen einbezogen werden.

Die Entlastungszone ist vor allem durch Arbeiterwohngemeinden, Satellitenstädte, Industrie-

Verkehrs-, Klär- und Abfallverwertungsanlagen, Erholungsgebiete und weitere Gartenbau- und Landwirtschaftsbetriebe gekennzeichnet.

Die Sanierungszone, die aus dem unmittelbar um den Stadtkörper gelagerten Grünring, den Waldgebieten, Parks, Gärten und sonstigen Freiflächen besteht, dient der Verbesserung des Stadtklimas und der Erholung der Bevölkerung der Stadtregion. An die Sanierungszone schließt sich die Entlastungszone an. In ihr sind die Mehrzahl der das Kerngebiet bedienenden, versorgenden und entlastenden Anlagen und Einrichtungen lokalisiert. Die Breite der Sanierungszone hängt nach Ansicht der Experten der einzelnen Länder vom Abstand zwischen Zentrum und dem Rand des Kerngebietes ab. Dagegen sollte die Entlastungszone in ihrer Ausdehnung von der Wirtschaftsstruktur und von den Erschließungsmöglichkeiten der Stadtregion und von den Bedingungen für den Ausbau eines modernen Schnellverkehrssystems abhängig sein.

Im gemeinsamen Gesamtbericht wird den Mitgliedsländern des RGW empfohlen, daß das städtische Kerngebiet einen Anteil von 10...25 % und die Stadtrandzone von 75...90 % an der Gesamtfläche der Großstadtregion besitzen sollte. Dabei hat das städtische Kerngebiet 70...90 % und die Stadtrandzone 10...30 % der Einwohner der Großstadtregion aufzunehmen. Die Bevölkerungsdichte würde damit im städtischen Kerngebiet um das acht- bis zwölfwache höher als in der Stadtrandzone sein.

2.

Die gegenwärtigen Funktionen der Stadtrandzone „Saalkreis“ für die Wirtschaft des großstädtischen Kerngebietes Halle

2.1.

Lage und Struktur des Saalkreises

Der größte Teil des Saalkreises gehört naturräumlich dem östlichen Harzvorland an. Daneben hat der Saalkreis in seinem östlichsten Teil Anteil an der Leipziger Tieflandsbucht. Das Kreisgebiet be-

findet sich im östlichen Teil des Bezirkes Halle und umschließt die Bezirkshauptstadt im Osten, Westen und Norden. Auf Grund der zentralen Lage der Stadt Halle inmitten des Kreisgebietes des Saalkreises ist Halle selbst das administrative Zentrum des Saalkreises. Dadurch fehlt auf dem Territorium des Saalkreises ein überragendes Siedlungszentrum, und somit besitzt der Saalkreis den Charakter eines Landkreises.

Das Kreisgebiet des Saalkreises wird nach außen administrativ begrenzt von den Kreisen Bitterfeld, Delitzsch und Leipzig-Land im Osten, vom Kreis Merseburg im Süden, im Westen von den Kreisen Querfurt, Eisleben und Hettstedt und im Norden von den Kreisen Bernburg und Köthen. Es umfaßt eine Fläche von ca. 615 km². Damit ist der Saalkreis nach dem Kreis Sangerhausen der zweitgrößte Kreis des Bezirkes Halle. Mit einer Wohnbevölkerung von etwa 80 000 Personen liegt die Einwohnerdichte des Kreisgebietes mit 131 EW/km² weit unter dem Bezirksdurchschnitt von 220 EW/km². Im Saalkreis sind 3 Städte und 53 politisch selbständige Gemeinden lokalisiert. Die Analyse der Berufstätigen nach den Arbeitsorten hat zum Ergebnis, daß von 38 300 Berufstätigen des Kreises rund 40 % über die Kreisgrenze auspendeln. Für mehr als zwei Drittel der Auspendler des Saalkreises ist die Stadt Halle der Arbeitsort. Von 38 Gemeinden des Kreisgebietes pendeln mehr als 25 % ihrer Berufstätigen in die Wirtschaftsbereiche der Stadt Halle aus.

Der Saalkreis ist in seiner heutigen Ausdehnung das Ergebnis der Veränderungen, die die territoriale Verwaltungsgliederung in der DDR am Anfang der 50er Jahre erfahren hat. Hinsichtlich Größe und Grenzverlauf blieb der Saalkreis von 1648 bis 1950 im wesentlichen eine konstante Verwaltungseinheit mit einer Fläche von ca. 480 km². 1950 wurden in Anerkennung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungen 13 seiner Gemeinden mit ungefähr 54 000 Einwohnern und einer Fläche von rund 80 km² der Stadt Halle angegliedert. Da es sich um Gemeinden mit hoher Verflechtungsintensität zum städtischen Kerngebiet handelte, wurde ein wesentlicher Teil der Stadtrandzone in die administrativen Grenzen der Stadt einbezogen. Die grundsätzliche Verwaltungsneugliederung der DDR im Jahre 1952 hatte die Einbindung nördlicher Teile des Kreisgebietes in den Kreis Bernburg und die Angliederung ehe-

maliger Teile der Kreise Bitterfeld, Delitzsch, Merseburg sowie des Mansfelder Seekreises zur Folge. Darüber hinaus traten geringfügige Flurbereinigungen zugunsten des Kreises Merseburg im Südosten ein. Die territorialen Strukturwandlungen der Jahre 1950 bis 1952 entsprachen im wesentlichen den damaligen wirtschaftlichen und sozialen Verflechtungen. Sie veränderten grundlegend das Beziehungsgefüge zwischen der Stadt Halle und dem Saalkreis und führten zu einem Funktionsverlust des Saalkreises als Stadtrandzone von Halle. Einige der 1952 neu eingegliederten Gemeinden weisen bis heute extrem niedrige Beziehungen zur Stadt Halle auf.

Mit der Existenz von Halle-Neustadt als Teil des großstädtischen Kerngebietes, mit dessen Aufbau 1964 begonnen wurde, ergeben sich für den Saalkreis erhöhte Anforderungen, insbesondere versorgungs- und erholungsseitiger Art.

Die Produktionsstruktur des Saalkreises wird durch die Landwirtschaft und die Industrie bestimmt. Mit rund 40 % aller im Kreisgebiet Beschäftigten nimmt die Landwirtschaft die dominierende Stellung unter den Wirtschaftsbereichen ein. Der Arbeitskräftebesatz von 18 Personen je 100 ha landwirtschaftliche Nutzfläche (LN) liegt im Vergleich zu anderen Gebieten im Bezirk und in der DDR recht hoch. Er resultiert vor allem aus einer vielstufigen intensiven Landwirtschaft. Die Hauptarten der pflanzlichen Produktion sind Getreide (über 40 % der LN), Kartoffeln und Zuckerrüben (ca. je 10 % der LN), wobei letztere noch von der Anbaufläche für Futterpflanzen übertroffen werden, die etwa 20 % der landwirtschaftlichen Nutzfläche des Kreises in Anspruch nimmt. Die Erzeugung tierischer Produkte ist beträchtlich und im Verhältnis zur landwirtschaftlichen Nutzfläche überproportional entwickelt.

Erst mit 26,4 % der Beschäftigten des Saalkreises folgt der Wirtschaftsbereich der Industrie. Die Industriestruktur des Kreises wird bestimmt durch den Maschinenbau, die Baumaterialienindustrie sowie durch die Großbetriebe in Rothenburg (VEB Draht- und Seilwerk) und Teutschenthal (VEB Kaliwerk). Als bedeutender Standort der industriellen Produktion kann daneben nur noch Hohenthurm mit dem VEB Dampfkesselbau angesehen werden. Diese drei Betriebe vereinigen ca. 50 % der industriellen Warenproduktion und der in der Industrie beschäftigten Arbeitskräfte des

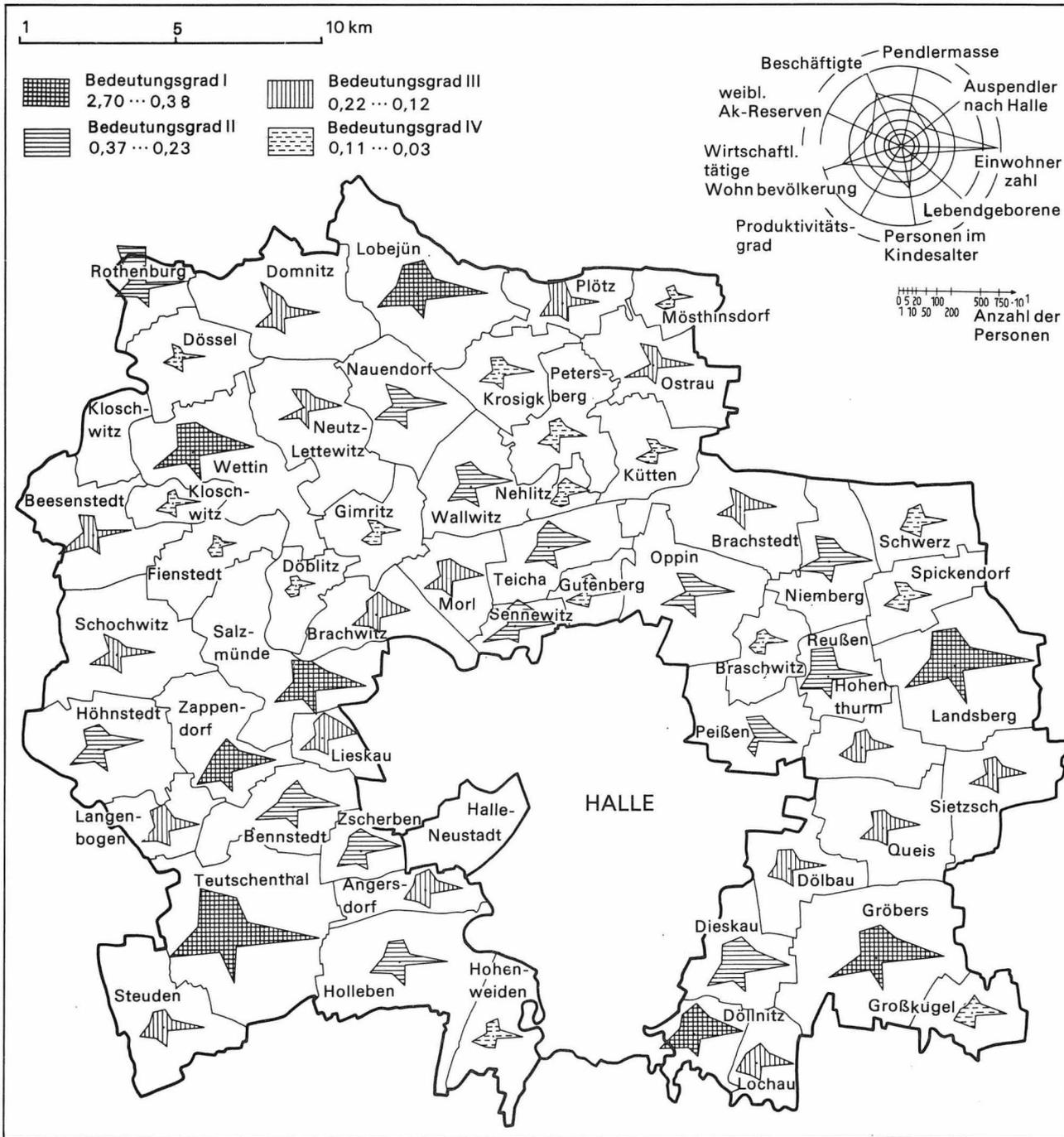


Abbildung 1
Bedeutungsgrad der Saalkreisgemeinden für das großstädtische Kerngebiet Halle

Saalkreises auf sich und stellen als Finalerzeugnis-
produzenten im Zeitraum des Fünfjahrplanes bis
1975 die Schwerpunkte der industriellen Entwick-
lung dar. Auf die übrigen 38 Klein- und Mittel-
betriebe entfällt damit nur die Hälfte des Industrie-
potentials des Saalkreises. Die Industriebetriebe
des Saalkreises haben an der industriellen Waren-
produktion des Bezirkes aber nur einen Anteil von
1,5 %.

Neben den Kali-, Steinsalz- und Kaolinvorkom-
men trägt der Saalkreis durch das Vorhandensein
von Kies-, Sand-, Kalk-, Ton- und Porphy-
ragerstätten wesentlich zur Versorgung des groß-
städtischen Wirtschaftsgebietes mit Baustoffen bei.
Diese Bodenschätze lagern im wesentlichen im
nördlichen und westlichen Teil des Kreisgebietes.
Bis zum Jahre 1967 wurden die Steinkohlenvor-
kommen von Plötz abgebaut. Durch ungünstige

Lagerung und geringe Mächtigkeit der Flöze wurde die Produktion aus volkswirtschaftlichen Gründen eingestellt.

Der Saalkreis erfüllt insbesondere für die Bevölkerung der Stadt Halle Naherholungsfunktionen. Der Waldanteil des Saalkreises an seiner Gesamtfläche beträgt nur etwa 1 %. Die Gemeinde Petersberg und das Saaletal stellen exponierte Erholungsgebiete dar. Neben den geologischen und morphologischen Bedingungen sind es die Vegetation und die historischen Kulturdenkmäler, die den Petersberg zu dem Naherholungsgebiet des großstädtischen Kerngebietes im Saalkreis werden ließen. Durch den hohen Verunreinigungsgrad der Saale wird die Qualität des Saaletals als Erholungsgebiet negativ beeinflusst.

2.2.

Bedeutung der Saalkreisgemeinden für das großstädtische Kerngebiet Halle aus der Sicht der Bevölkerung und des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens

Die Einwohnerzahl des Saalkreises ist im Zeitraum von 1964 bis 1971 auf Grund der Binnenwanderungsverluste durch eine absolute Abnahme von 4 % gekennzeichnet. Nur 4 von den 56 Saalkreisgemeinden weisen einen Bevölkerungsgewinn auf. Trotz dieser Bevölkerungsabnahme verfügt der Saalkreis über einen Lebendgeborenenüberschuß pro 1000 Einwohner von + 1,2 Personen. Von den 56 Gemeinden des Kreisgebietes zeichnen sich 18 Gemeinden durch eine negative natürliche Bevölkerungsentwicklung aus. Von diesen 18 Gemeinden grenzen 6 direkt an das großstädtische Kerngebiet an. Auch die übrigen an den Stadtkörper Halle angrenzenden Gemeinden des Kreises verfügen über äußerst geringe Zuwachsraten. Von den 18 an Halle angrenzenden Gemeinden besitzen nur 5 Gemeinden eine über dem Kreismittel liegende Lebendgeborenenziffer. Die regionale Verteilung der Gemeinden mit hoher Lebendgeborenenziffer weist eine Konzentration im nordöstlichen und östlichen Teil des Kreisgebietes auf.

Trotz der Binnenwanderungsverluste weist der Saalkreis gegenüber der Stadt Halle höhere Anteile an den Personengruppen im Kindesalter und arbeitsfähigen Alter auf. Unabhängig davon ist 1971 im Vergleich zum Jahre 1964 eine weitere Überalterung der Bevölkerung des Kreisgebietes zu verzeichnen. Geht man von der Annahme aus, daß bis 1975 keine wesentliche Bevölkerungsabnahme durch Binnenwanderungsverluste zu verzeichnen ist, setzt sich diese Tendenz der weiteren Überalterung der Bevölkerung des Saalkreises fort.

Die Typisierung der Saalkreisgemeinden nach der Altersgliederung ihrer Einwohner gibt Aufschluß über das potentielle gesellschaftliche Arbeitsvermögen der einzelnen Gemeinden. Durch einen hohen Anteil der Personengruppe im arbeitsfähigen Alter sind die im westlichen und östlichen Teil des Kreisgebietes gelegenen Gemeinden charakterisiert. Diese Gemeinden sind deshalb gegenwärtig von entscheidender Bedeutung für die Bereitstellung von Arbeitskräften. Betrachtet man die zukünftige Realisierung der Arbeitskräfteanforderungen bis zum Jahre 1990, dann weist der größte Teil dieser Gemeinden einen geringen Anteil der Personengruppe im Kindesalter auf. Der nördliche Teil des Kreisgebietes wird auf Grund seines hohen Kinderanteils und geringen Rentneranteils in einigen Jahren über ein hohes potentielles gesellschaftliches Arbeitsvermögen verfügen.

Trotz der Bevölkerungsabnahme erhöhte sich die Zahl der Berufstätigen des Kreises von 1964 bis 1971 auf 102,0 %. Damit ergibt sich ein Beschäftigtengrad (ohne Lehrlinge) für 1970 von 92,0 %. Dieser Zuwachs der Berufstätigen ist Ergebnis der Erhöhung des Frauenbeschäftigtengrades und des Anteils der weiterarbeitenden Altersrentner. Von den Berufstätigen arbeiteten 1970 60,0 % im Kreisgebiet, und 40,0 % waren Auspendler, die in der Mehrzahl in der Stadt Halle ihren Arbeitsplatz hatten. Von den im Kreisgebiet Arbeitenden waren 40,6 % in dem Bereich Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, 26,4 % in dem Bereich Industrie, 25,3 % in den Bereichen Infrastruktur (ohne Wasserwirtschaft), 4,8 % im Bereich produzierendes Handwerk und 2,9 % im Bereich Bauwirtschaft tätig.

In 7 Gemeinden des Kreisgebietes arbeiten mehr als 50 % der Gesamtbeschäftigten in der Industrie. Diese Gemeinden besitzen einen geringen Anteil an landwirtschaftlichen Berufstätigen. Nur 2 dieser

Gemeinden grenzen unmittelbar an den Stadtkörper von Halle an. Einen Anteil von mehr als 50 % in der Landwirtschaft Berufstätiger weisen 34 Gemeinden auf. Diese Gemeinden bilden insbesondere im nördlichen Saalkreis ein geschlossenes Gebiet. Durch einen hohen Anteil der Beschäftigten in den Bereichen der Infrastruktur zeichnen sich 3 Gemeinden aus. Diese Gemeinden üben für die Großstadtregion spezifische Funktionen aus.

Der Saalkreis trägt durch die Bereitstellung von Arbeitskräften in entscheidendem Maße zur Versorgung der Wirtschaftsbereiche der Stadt Halle bei. Gegenüber 1964 stieg bis 1971 die Zahl der Auspendler um 10,5 % an. Somit waren 1971 40,0 % der Berufstätigen des Saalkreises Auspendler über die Kreisgrenze. Davon hatten fast 80 % ihren Arbeitsplatz in Halle.

Dem Nahpendlerbereich der Stadt Halle können 42 der 56 Saalkreisgemeinden zugeordnet werden. Sie befinden sich hinsichtlich ihrer Verkehrslage zur Stadt Halle innerhalb der 45-Minuten-Isochrome. Die Gemeinden mit einer Auspendlerquote nach Halle von mehr als 50 % grenzen direkt an den Stadtkörper von Halle an oder bilden mit den angrenzenden Gemeinden einen geschlossenen Komplex.

2.3. *Industrielle Potenzen des Saalkreises*

Die Industrie des Saalkreises hat gegenwärtig einen Anteil von 1,5 % an der industriellen Warenproduktion des Bezirkes.

Die Industriestandorte des Saalkreises sind durch Überalterung der Arbeitskräfte und der Grundfonds gekennzeichnet. Von den jetzigen Arbeitskräften hatten bereits im Jahre 1969 4,6 % das Rentenalter erreicht. Im Jahre 1975 werden sich von diesen Arbeitskräften 14,0 % und 1980 23,4 % im Rentenalter befinden. In den Bereichen Leicht- und Lebensmittelindustrie ist die höchste Überalterung zu verzeichnen. Die Verschleißquote der Grundmittel beträgt fast 50 % und liegt in den Bereichen Chemie und Lebensmittelindustrie am höchsten.

Der Anteil der Facharbeiter beträgt gegenwärtig rund 56 %. Fast 10 % der Produktionsarbeiter besitzen keine auf ihre ausgeübte Tätigkeit bezogene Qualifikation. Bei den weiblichen Produktionsarbeitern beträgt der Anteil der Facharbeiter nur 10,8 %. In den Bereichen Chemie und Metallurgie ist der Anteil der Facharbeiter an den Produktionsarbeitern mit rund 50 % am höchsten. Insgesamt ist die Industrie des Saalkreises durch einen niedrigen Qualifikationsstand ihrer Produktionsarbeiter, der Ausdruck der vorwiegend extensiven Nutzung des Arbeitskräftepotentials ist, gekennzeichnet.

Der niedrige Schichtkoeffizient der Industrie des Saalkreises von 1,2 ist Ausdruck einer unrationellen Nutzung der Grundfonds. Mit 1,5 verfügt der Industriebereich Metallurgie über den höchsten Schichtkoeffizienten. Im Bereich Maschinenbau wird nur ein Schichtkoeffizient von 1,1 erreicht. Die Erhöhung des Schichtkoeffizienten in den Industriebetrieben des Saalkreises könnte durch die Reduzierung der Arbeitsplätze mittels der Aussonderung veralteter Grundmittel ermöglicht werden, was gleichzeitig dem hohen Verschleißgrad der Grundmittel gemäß wäre.

Die Maschinenbaubetriebe des Saalkreises zeichnen sich durch einen geringen Anwendungsgrad hochproduktiver Fertigungsprinzipien aus.

Die Analyse der Bezugs- und Absatzbeziehungen der Industriebetriebe des Saalkreises und ausgewählter Betriebe der Stadt Halle ergab, daß in wichtigen Industriebereichen keine engen Verflechtungen zwischen beiden Teilen der Großstadtregion vorhanden sind. In den Industriebereichen Baumaterialien- und Lebensmittelindustrie bestehen sowohl bezugs- als auch absatzmäßig starke Bindungen zu den Bereichen der Volkswirtschaft des großstädtischen Wirtschaftsgebietes. Bezugsmäßig eng mit den Kreisen des großstädtischen Wirtschaftsgebietes sind die chemische Industrie und die Leichtindustrie verbunden. Über geringe Bezugs- und Absatzbeziehungen innerhalb des großstädtischen Wirtschaftsgebietes verfügen die Metallurgie und der Maschinenbau. Um zu einer effektiven territorialen Produktionsstruktur im großstädtischen Wirtschaftsgebiet zu kommen, wäre die engere Anbindung der Betriebe des Maschinenbaus des Saalkreises an die der Stadt Halle notwendig. Es kann festgestellt werden, daß bei entsprechender Umprofilierung echte Möglich-

3. Schwerpunkte der Entwicklung von Stadtrandzonenfunktionen des Saalkreises für die wirtschaftlichen Aufgaben des großstädtischen Kerngebietes

3.1. *Entlastung der Arbeitskräftesituation des großstädtischen Kerngebietes*

Die Entwicklung der stadtversorgenden Funktionen der Stadtrandzone ist für die langfristige Bestimmung der volkswirtschaftlichen und sozialen Aufgaben des Saalkreises eine entscheidende Prämisse. In diesem Zusammenhang spielen die Verteilungsproportionen des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens, das im Saalkreis vorhanden ist, eine wesentliche Rolle. Die Stadt Halle verfügt über umfangreiche Grundfonds in den produzierenden Bereichen, die bei der gegebenen Arbeitskräftesituation auch unter den Bedingungen des Vorrangs der intensiv erweiterten Reproduktion nicht mit höchstem Effekt ausgelastet werden können. Ein Ausdruck dafür sind u. a. niedrige Schichtkoeffizienten, besonders in der Industrie. Die Wirtschaft der Stadt Halle ist demzufolge auf eine teilweise Nutzung des Arbeitskräftepotentials des Saalkreises angewiesen. Für die langfristige Strukturentwicklung des Saalkreises ergeben sich daraus u. a. solche Konsequenzen, daß keine Neuschaffung von Arbeitsplätzen in den produzierenden Bereichen anzustreben ist, die Aussonderung veralteter Grundmittel verstärkt betrieben wird und es zu einer partiellen Nichtdeckung des Arbeitskräfteersatzbedarfs der bestehenden Betriebe kommen sollte.

Diese Politik sollte auf einen langfristigen Zeitraum bezogen werden; denn es gilt, durch die intensiv erweiterte Reproduktion die Agglomerationsvorteile auf lange Sicht voll wirksam werden zu lassen. Dadurch wird eine zusätzliche Belastung der angespannten Arbeitskräftesituation in der Großstadtregion verhindert. Der Verzicht auf die Neuerrichtung von Industriebetrieben schließt jedoch nicht die Standortverlagerung innerhalb der Großstadtregion ein. Die sich notwendig ergebenden Industrieverlagerungen aus den städtischen

Wohngebieten Halles erfolgen bis 1980 in die innerhalb der administrativen Grenzen der Stadt Halle liegenden Industriegebiete Nord, Süd und Ost. Für den darüber hinausgehenden Zeitraum müssen Varianten erarbeitet werden, inwiefern im Zusammenhang mit der Gestaltung des Siedlungssystems in der Großstadtregion Industriebetriebe der Stadt, insbesondere solche der zentralen Fertigung, in die Stadtrandzone verlagert werden.

Für die Bereitstellung von Arbeitskräften aus der Stadtrandzone hat die Politik der Aussonderung veralteter Grundmittel und die damit verbundene Erhöhung des Schichtkoeffizienten für die nächsten Jahre entscheidende Bedeutung. Die Aussonderung der veralteten Grundmittel hat die Erhöhung der Arbeitsproduktivität zur Folge. Die entsprechend freiwerdenden Arbeitskräfte könnten in der Industrie der Stadt Halle genutzt werden. Dabei wird der Ersatz der Grundmittel nicht immer am alten Standort erfolgen müssen. Die Entscheidung darüber, ob eine Standortverlagerung innerhalb oder außerhalb der Großstadtregion erfolgt, darf nicht im Widerspruch zur proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft stehen und kann deshalb aus der Sicht der Großstadtregion nicht allein entschieden werden. Für die Aussonderung veralteter Grundmittel und den eventuellen Ersatz an anderen Standorten kommen die Betriebe mit einer hohen Verschleißquote in Frage. Von den 38 erfaßten Industriebetrieben der Stadtrandzone weisen 17 Betriebe eine Verschleißquote von mehr als 50 % auf. Die niedrige Restnutzungsdauer der Grundmittel und der hohe Anteil verschlissener Grundmittel haben bei Beibehaltung der jetzigen Industriestruktur der Stadtrandzone einen massenhaften Ersatz der Grundfonds zur Folge. Deshalb ist in den kommenden Jahren zu entscheiden, ob aus volks- und gebietswirtschaftlicher Sicht die gegenwärtige Industriestruktur beibehalten wird, zumal die Verflechtungsbeziehungen zwischen der Industrie des städtischen Kerngebietes und der Stadtrandzone in einigen Bereichen äußerst gering sind. Betrachtet man dabei, daß die Großstadtregion als Einheit von Kerngebiet und Stadtrandzone ein großstädtisches Wirtschaftsgebiet darstellt, in dem auch auf dem Gebiet der Produktionsstruktur eine optimale Funktionsteilung erfolgen soll, ist die gegenwärtige Struktur nicht geeignet, die Bedeutung Halles als überragendes wirtschaftliches Zentrum im Zeit-

raum bis 1980 und darüber hinaus zu fördern. Aus volkswirtschaftlicher Sicht ist nicht zuletzt der Ersatz der Grundfonds in den volkswirtschaftlichen Schwerpunktbetrieben der Stadt Halle effektiver, da sich hier objektiv bessere Möglichkeiten für die Mehrschichtarbeit ergeben.

Die aus einer etwaigen Stilllegung der Betriebe der Stadtrandzone freiwerdenden Arbeitskräfte könnten somit am besten in den Industriebetrieben der Stadt Halle und auch in der chemischen Großindustrie des Kreises Merseburg genutzt werden. Selbstverständlich ist hierbei die soziale Zumutbarkeit konkret zu untersuchen. Eine Erhöhung der Arbeitsplätze ist im städtischen Kerngebiet Halle, insbesondere im Maschinenbau, durch die Erhöhung des Schichtkoeffizienten, der gegenwärtig bei 1,2 liegt, zu erreichen. Die Größe der freigesetzten Arbeitskräfte hängt vom Ausmaß der Entscheidungen ab.

Die durch die Aussonderungspolitik freiwerdenden weiblichen Arbeitskräfte können für das Industripotential der Stadt Halle nur dann langfristig genutzt werden, wenn sie in Halle selbst oder in verkehrsgünstiger Lage zum Produktionsstandort innerhalb der Stadtrandzone angesiedelt werden. Der Erfolg auf diesem Gebiet wird damit entscheidend von der Gestaltung der Arbeits- und Lebensbedingungen in der Großstadtregion beeinflusst.

Durch die Umwandlung der industriell produzierenden Produktionsgenossenschaften des Handwerks, der halbstaatlichen und privaten Betriebe in Volkseigentum wurden günstige Möglichkeiten für die territoriale Zentralisierung und Fusion geschaffen. Diese produktionsorganisatorischen Maßnahmen können zu einer Herabsetzung des Arbeitskräftebestandes in den Klein- und Mittelbetrieben bei gleichzeitiger Erhöhung ihrer Effektivität führen. Damit ist objektiv die Möglichkeit der Aussonderung veralteter Grundmittel und des rationellen Einsatzes der Arbeitskräfte in diesen Betrieben gegeben.

Eine ähnlich ungünstige Altersstruktur wie die Grundfonds weisen auch die Arbeitskräfte auf. Von den über 5000 Arbeitskräften der erfaßten Industriebetriebe der Stadtrandzone hatten 1969 bereits 4,6% das Rentenalter erreicht. Im Jahre 1975 werden sich 14,0% und 1980 23,4% dieser Arbeitskräfte im Rentenalter befinden. Das bedeutet für das Jahr 1975 bereits einen Ersatzbedarf

von rund 750 Arbeitskräften, der sich bis 1980 auf etwa 1250 Arbeitskräfte erhöhen wird. Würde durch die Politik der Aussonderung der Grundmittel ein Teil dieses Ersatzbedarfs an Arbeitskräften nicht benötigt werden, so könnte dieser schon gegenwärtig über die Berufslenkung für die Industrie der Stadt nutzbar gemacht werden.

3.2.

Engere Anbindung der Gemeinden der Stadtrandzone als Arbeitskräfteeinzugsgebiet für die Stadt Halle

Die stärkere Anbindung der Stadtrandzongemeinden an das städtische Kerngebiet hatte für die Nutzung der Arbeitskräfte-reserven in der weiblichen arbeitsfähigen Bevölkerung eine entscheidende Bedeutung. Im Jahre 1970 betrug der Beschäftigtengrad der weiblichen arbeitsfähigen Bevölkerung des Saalkreises nur 69,6%. Insbesondere in den Gemeinden mit mehr als 1000 Einwohnern tritt dadurch ein relativ großes, z. Z. ungenutztes Arbeitskräftepotential von über 6000 Arbeitskräften auf. Durch eine den Bedürfnissen der berufstätigen Frauen entsprechende Arbeitszeit bei gleichzeitigem Vorhandensein von Kindereinrichtungen könnte ein großer Teil dieses Arbeitsvermögens bereits gegenwärtig für die Stadt Halle genutzt werden. Eine Nutzung dieser Arbeitskräfte kann auch durch die Verlagerung von Produktionsabteilungen hallescher Industriebetriebe in Gemeinden der Stadtrandzone, wie das Beispiel des VEB Burger Kleiderwerke zeigt, erfolgen. Daneben wird in den nächsten Jahren durch die bewußte Lenkung des Arbeitskräftepotentials der Stadtrandzone auf die Industriebetriebe der Stadt Halle eine engere Anbindung der Stadtrandzongemeinden an das städtische Kerngebiet erfolgen.

Bei der zukünftigen Intensivierung der Arbeitskräftebeziehungen kommt es darauf an, die Gemeinden, die gegenwärtig einen hohen Bedeutungsgrad für das städtische Kerngebiet besitzen, stärker an Halle zu binden. Das trifft insbesondere für die Gemeinde Teutschenthal und die städtischen Siedlungen Wettin und Löbejün zu. Daneben liegen echte Arbeitskräfte-reserven in den

Gemeinden mit niedrigem Bedeutungsgrad. Die hauptsächlich arbeitskräftemäßige Orientierung auf die bisherigen Auspendlergemeinden hat für die nächsten Jahre negative Auswirkungen. Diese Gemeinden zeichnen sich bereits gegenwärtig durch einen niedrigen demographischen Produktivitätsgrad und durch eine negative Altersgliederung aus. Für die zukünftige Nutzung des gesellschaftlichen Arbeitsvermögens in der Stadt Halle sind insbesondere die Gemeinden des nördlichen Teils der Stadtrandzone auf Grund ihres hohen Kinderanteils von größter Wichtigkeit.

Eine Erhöhung der arbeitskräftemäßigen Anbindung der Stadtrandzongemeinden wird in den nächsten Jahren nur erfolgreich verlaufen, wenn die Verkehrsbeziehungen zwischen den beiden Teilen der Großstadtregion weiter verbessert werden. Durch die Schließung des S-Bahn-Ringes im Norden von Halle und die Ausrichtung der Linien des Kraftverkehrs auf die zu schaffenden S-Bahnhöfe bzw. -Haltepunkte würde eine wesentliche Verbesserung des Berufsverkehrs und damit die Erhöhung des Freizeitfonds der Werktätigen erreicht werden. Diese Verbesserung der Verkehrsverhältnisse muß zum Ziel haben, daß der Werktätige zwischen Wohn- und Arbeitsstätte maximal 45 Min. benötigt.

Durch diese Verkehrslösung können zugleich die Einrichtungen der Infrastruktur der Großstadtregion besser genutzt und dadurch die arbeitsfreie Zeit wesentlich besser durch die Bewohner gestaltet werden. Damit trägt die „Ökonomie des Raumes“ entscheidend zur Effektivität der arbeitsfreien Zeit bei.

3.3.

Gestaltung rationeller Produktionsverflechtungen zwischen den Teilen der Großstadtregion

Tragen die mit der Aussonderung der Grundmittel verbundenen Maßnahmen im wesentlichen langfristigen Charakter, so geht es bei der Intensivierung der Produktionsverflechtungen zwischen den Betrieben der Großstadtregion um z. T. kurzzeitige Lösungen. Das trifft insbesondere für die der Aussonderung der Grundmittel unterliegenden Standorte zu. Langfristig und beständig können die

Beziehungen zu den verbleibenden Industriebetrieben der Stadtrandzone ausgebaut werden. Die Lösung dieses Problems ist von entscheidender Bedeutung für die Realisierung der Hauptaufgabe des Fünfjahrplanes, denn die „Ökonomie im Raum“ beeinflußt neben anderen Faktoren die volkswirtschaftliche Effektivität der Großstadtregion. Territoriale Struktureffekte innerhalb der Großstadtregion werden durch die Vertiefung der territorialen Arbeitsteilung und -verbindung erzielt. Ausdruck dieser Vertiefung ist die konsequente Durchsetzung der Formen der territorialen Kombination der Produktion. Es geht letztlich um die engere innergebietliche Verflechtung der Produktionsstandorte, die sich durch eine weitgehende Übereinstimmung der gegenseitigen Bedarfs- und Deckungsrelation auszeichnet. Ein langfristiger Ausbau der Verflechtungsbeziehungen sollte zwischen den Standorten des Maschinenbaus der Großstadtregion sowie der Baumaterialienindustrie und der Bauwirtschaft der Großstadtregion erfolgen. Die Klein- und Mittelbetriebe des Maschinenbaus der Stadtrandzone sind als Zulieferer von Bauteilen und Baugruppen für die volkswirtschaftlich wichtigen Schwerpunktbetriebe der Großstadtregion zu entwickeln. In der Baumaterialienindustrie kommt es auf eine den Bedürfnissen der Bauwirtschaft entsprechende Zulieferung aus der Stadtrandzone an. Dabei muß das Hauptaugenmerk vor allem auf die Bauteilefertigung in den Betonwerken gelegt werden. Auf Grund günstiger natürlicher Bedingungen und des erhöhten Bedarfs an Baumaterialien im städtischen Kerngebiet ist zu überprüfen, ob eine extensiv erweiterte Reproduktion neben der Intensivierung und Rationalisierung der bestehenden Standorte in der Baumaterialienindustrie zu vertreten wäre.

3.4.

Anforderungen der proportionalen Entwicklung der Großstadtregion an die staatliche Leitung und Planung

Die sozialistische Umgestaltung der Großstadt stellt keinen auf ihr administratives Gebiet iso-

lierten Prozeß dar. Sie bedarf der Integration des Umlandes in diese Aufgabenstellung. Die Realisierung der sich daraus ergebenden Aufgaben ist von deren Einordnung in die Leitung und Planung der Volkswirtschaft abhängig. Diese Einordnung hat erhöhte Anforderungen an die Arbeit der örtlichen Organe der Staatsmacht innerhalb der Großstadtregion zur Folge. Neben der Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen den örtlichen Volksvertretungen der Städte und Gemeinden mit anderen gesellschaftlichen Organisationsformen und betrieblichen Gemeinschaften kommt es im zunehmenden Maße auf die Entfaltung und Vertiefung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit zwischen den örtlichen Volksvertretungen und ihren Räten innerhalb der Großstadtregion an. Die sozialistische Gemeinschaftsarbeit zwischen den örtlichen Volksvertretungen der Städte und Gemeinden der Großstadtregion ist eine objektive Gesetzmäßigkeit der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft. In der Durchsetzung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit wird die führende Rolle der Arbeiterklasse im staatlichen und gesellschaftlichen Leben weiter gefestigt und das Bündnis mit der Klasse der Genossenschaftsbauern vertieft. Deshalb hat von der Stadtverordnetenversammlung des großstädtischen Kerngebietes die Initiative zur Durchsetzung der sozialistischen Gemeinschaftsarbeit innerhalb der Großstadtregion auszugehen, und der Rat der Stadt hat in Übereinstimmung mit dem Rat des Kreises bzw. Bezirkes die Funktion des koordinierenden Organs für die Umgestaltung der Großstadtregion auszuüben.

Bezüglich der Schaffung einer zweckmäßigen Form zur Organisation der Zusammenarbeit innerhalb der Großstadtregion ist dem Verfasser z. Z. keine konkrete Leitungs- und Organisationsform bekannt. Er vertritt jedoch die Ansicht, daß zur Erhöhung der volkswirtschaftlichen Effektivität der Großstadtregion und damit auch ihrer einzelnen Siedlungen eine rationelle Leitungs- und Organisationsform geschaffen werden muß. Die bisherigen positiven Erfahrungen bei der Bildung von Gemeindeverbänden in der DDR, die vornehmlich eine Form der Zusammenarbeit zwischen kleineren Städten und Gemeinden darstellen, berechtigen den Verfasser zu der Annahme, daß eine dem Gemeindeverband ähnliche Leitungs- und Organisationsform auch innerhalb von Groß-

stadtregionen entwickelt werden sollte. In dieser Leitungs- und Organisationsform könnten alle entscheidenden, die Großstadt und die Stadtrandzone betreffenden Maßnahmen zum gemeinsamen Nutzen aller Beteiligten durchgesetzt werden. Voraussetzung für die Effektivität der praktischen Arbeit dieser zu entwickelnden Form der Gemeinschaftsarbeit zwischen dem großstädtischen Kerngebiet und den Siedlungen der Stadtrandzone wäre die Realisierung solcher Aufgaben wie die Erfassung der Kernpunkte für die gemeinsame Entwicklung im Zeitraum der langfristigen Planung, die gemeinsame Plankoordinierung zwischen den Organen der Territorialplanung in der Großstadtregion sowie die Organisation der Zusammenarbeit mit den in beiden Teilen der Großstadtregion ansässigen Betrieben und Einrichtungen zum Zwecke der territorialen Rationalisierung der Produktion und der weiteren Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Bürger.

Literatur

DAVIDOVIČ, V. G.; G. M. LAPPO

Fragen der Entwicklung städtischer Agglomerationen in der UdSSR. In: Aus der Praxis der sowjetischen Geographie. Gotha/Leipzig 1966, S. 116...124.

DEMİN, N. M.; J. A. FOMIN u. a.

Gradostroitel'stvo: gorod i prigorodnaja zona. [Stadtaufbau: Stadt und Vorstadtzone.] Kiev 1967.

FEGE, B.

Zur Regionierungsproblematik städtischer Wirtschaftsgebiete. Wiss. Zschr. d. Hochschule f. Ökonomie. 9, 1964, S. 78...86.

FLOHR, E.

Zur Problematik der Planung von Stadt-Umland-Beziehungen von Mittelstädten – untersucht am Beispiel der Stadt Weißenfels. Wiss. Zschr. d. Martin-Luther-Universität Halle–Wittenberg, 15, 1966, gespr. wiss. R., 6, S. 857...867.

FOMIN, G.

Prigorodnaja zona – element planirovočnoj struktury krupnogo goroda. [Vorstadtzone – ein Element der Planstruktur einer Großstadt.] Architektura SSR. 1966, 1, S. 15...17.

GUTZER, W.

Die Funktionen der Stadtrandzone in der Großstadtregion unter besonderer Berücksichtigung der wirtschaftlichen Aufgaben des großstädtischen Kerngebietes – dargestellt am Beispiel der Großstadtregion Halle. Halle: Diss. 1971.

IVANOVA, F. A.

Nekotorye voprosy optimizacii prigorodnych zon krupnych gorodov. [Einige Fragen der Optimierung der Vorstadtzonen der Großstädte.] Izv. Vsesoj. Geogr. Obšč. 102, 1970, 3, S. 278...282.

KANOW, E.

Probleme der Stadtrandzone, dargestellt am Beispiel einiger Aufbaustädte. Städtebau und Siedlungswesen, 10, 1956, 3, S. 44...59, S. 55...68.

OELKE, E.

Zur perspektivischen Entwicklung des Ballungskerns Halle–Merseburg. Peterm. Geogr. Mitt., 118, 1974, 4, S. 294.

REINER, J.

Probleme der territorialen Rationalisierung von Wirtschaftsgebieten. In: Geographie und technische Revolution. Gotha/Leipzig 1967, S. 42...61.

Empfehlungen zur Planung und Bebauung von Randzonen großer Städte. RGW – Ständige Kommission Bauwesen der Sektion für Gebietsplanung und Städtebau. (unveröffentlichtes Manuskript), Berlin/Moskau 1964.

Gesamtbericht zum Thema Planung und Bebauung der Randzonen großer Städte. RGW – Ständige Kommission Bauwesen der Sektion für Gebietsplanung und Städtebau. (unveröffentlichtes Material). Berlin/Moskau 1964.